

Stellungnahme der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rietberg zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2011

Ratssitzung vom 09.12.2010

Sehr verehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorbemerkungen

Der Herr Bürgermeister und der Kämmerer haben bei der Einbringung des Haushaltes nichts verkünden können, was überraschend war. Bund und Land (da war's noch die schwarz gelbe Regierung) sind mitverantwortlich für die finanzielle Schieflange der Kommunen. Die Stadt Rietberg ist da keine Ausnahme. Im vergangenen Jahr sind große Anstrengungen unternommen worden ein nachhaltiges Sparkonzept zu erarbeiten. Dieses Sparkonzept wurde dann auch für das Jahr 2010 beschlossen. Jetzt gilt es beharrlich in den Sparbemühungen weiter zu machen. Bei den Beratungen in den Ausschüssen zum Haushalt sind von keiner Partei wesentlichen Änderungen beantragt worden, obwohl z. B. einige Bezieher freiwilliger Leistungen im Vereinsbereich wirkliche Härten in Kauf nehmen mussten. Es bleibt uns aber keine Wahl, wenn wir selbstbestimmt auch in Zukunft das Budgetrecht als das wichtigste Recht des Rates wahrnehmen wollen. Wir freuen uns, dass keine Fraktion der Versuchung erlegen ist, ihre spezielle Klientel zu bedienen. Dass wir bei unseren Sparbemühungen den Schulbereich ausgelassen haben, begrüßen wir ausdrücklich.

Ich erspare es mir alle Baumaßnahmen aufzuführen, die im nächsten Jahr vorgesehen sind; denn ich möchte nicht nach der Devise von Karl Valentin vorgehen. Der gesagt hat:

„Es ist schon alles gesagt worden, nur nicht von jedem“!

Aber Sie, liebe Kollegen von den anderen Fraktionen erwarten sicher von uns auch einige kritische Anmerkungen. Dem werden wir gerne nachkommen.

Die Gewerbesteuer ist immer noch die wichtigste selbststeuerbare Einnahmequelle der Kommunen. Es wäre sehr wichtig, dass uns die Bundesregierung endlich mal sagt, wie sie es denn in Zukunft mit der Gewerbesteuer halten will. Sie ist keine verlässliche Einnahmequelle, aber dennoch ist sei das Ergebnis von eigenständigem kommunalpolitischem Handeln.

Auch in diesem Punkt versagt die Bundesregierung wieder völlig. Keine Gemeinde oder Stadt ist in der Lage langfristig zu planen; denn wenn es nach Gewerbe und Industrie oder FDP geht, soll sie lieber heute als morgen abgeschafft werden, ohne dass man weiß, wie die Einnahmeverluste für die Kommunen kompensiert werden sollen.

Wir appellieren an alle auf allen Ebenen sich dafür einzusetzen den Kommunen die Gewerbesteuer zu erhalten.

Den Ansatz im Etatentwurf von 14.9 Mio € halten wir für zu gering geplant. Wir würden dort gerne 16 Mio € ansetzen. Sie werden sehen, dass wir mal wieder wie in den vergangenen Jahren Recht behalten werden.

Als wesentlichen Kritikpunkt möchten wir in diesem Jahr anmerken, dass **Sein und Schein** in Rietberg sehr weit auseinander driftet. Bei jeder Gelegenheit hebt der Bürgermeister das **bürgerschaftliche Engagement** hervor. Stadtmarketingprozesse wurden initiiert. Transparenz im politischen Handeln sollte dadurch erreicht werden, das Fachwissen sollte genutzt werden und Bürger sollten sich einbringen dürfen. Was ist davon übrig geblieben?

Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verlangte, dass Anträge der Fraktionen nicht vor der Beratung in den Ausschüssen der Presse und damit der Öffentlichkeit mitgeteilt werden dürften. Die Presse bekommt die Einladungen und Vorlagen zu den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse mit den Tagesordnungspunkten unter dem Vorbehalt einer Sperrfrist; d. h. die Redakteure dürfen vor der Sitzung die Vorlagen journalistisch nicht verwerten. Das sind für mich Verfahrensweisen, wie ich sie in meiner auch schon über dreißig jährigen kommunalpolitischen Erfahrung noch nicht erlebt habe. Und verkauft wird uns das alles dann noch als verfassungskonform. Leben wir denn in einer Diktatur?

Selbstverständlich wird die SPD-Fraktion, wenn sie einen wichtigen Antrag stellt, versuchen nicht nur die Mehrheit im Rat dafür zu gewinnen, sondern wird auch versuchen die Öffentlichkeit für ihre Ideen zu gewinnen. Falls Sie versuchen sollten durch einen Ratsbeschluss die Gemeindeordnung zu ändern, werden Sie auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. Sie sprechen davon, dass nur so unvoreingenommen, unbeeinflusst und sachlich in den Gremien diskutiert werden kann. Die Ratsmitglieder sollten also nicht manipuliert werden. Tatsache ist doch, die Mitglieder der Ausschüsse und des Rates sollen nur von der Verwaltung manipuliert werden. Der Presse und den Bürger und Bürgerinnen trauen sie entgegen Ihrer öffentlichen Bekundungen keinen Sachverstand zu.

Gemeinschaftsbewusstsein haben die Rietberg Bürger bewiesen, es kann aber nur gesichert werden, wenn folgende Punkte gesichert werden:

- wenn die Politik durchschaut werden kann – **Transparenz** durch **gute und auch kritische Pressearbeit**
- wenn regelmäßige Begegnungen stattfinden – **Runde Tische** und Kommunikation über kommunalpolitische Angelegenheiten (keine Scheindebatten)

- wenn Bürger das Gefühl haben beteiligt zu werden – nicht nur Beete sauber halten und Bürgerradweg ist hier gemeint, sondern auch Gehör finden (gutes Beispiel **Bürgerhaushalt in Gütersloh**)

Wenn diese Bedingungen gegeben sind, identifizieren sich die Bürger und Bürgerinnen auch mit ihrer Stadt. Bei allen Handlungsfeldern sollten wir uns fragen: dient das der Durchschaubarkeit, der Kommunikation und der bürgerschaftlichen Beteiligung? Der Versuch des Bürgermeisters mit seinem sogenannten Erstbefassungsrecht des Rates von Anträgen dient diesen Zielen nicht. Die Gängelung der Presse dient dem Ziel der Transparenz mit Sicherheit auch nicht.

Auch die Grundsätze des Städtebaus sollten diesen Zielen dienen.

Beispiel:

Integriertes Handlungskonzept – Bürgerversammlung

Rietberg profitiert wie wenige Städte dank auch der Mitgliedschaft im Programm „Historische Stadtkerne“ von der Städtebauförderung des Landes. Die neue Landesregierung NRW hat übrigens die Mittel aufgestockt und gleicht dadurch die Kürzungen von **Städtebauförderungsmitteln des Bundes** aus.

Um auch weiterhin vor der Unterstützung des Landes profitieren zu können, mussten wir ein „Integriertes Handlungskonzept“ erstellen. Die komplexen Probleme städtebaulicher Entwicklungsplanung machten es erforderlich, ein solches Konzept aufzustellen. Und das ist ein sehr gutes Instrument, um verantwortlich zu erkennen, wie es mit der Kernstadt städtebaulich weitergehen soll.

Unbedingt notwendig ist es, wenn so komplexe Vorhaben initiiert werden, dass die Bevölkerung mitgenommen wird. Ich behaupte mal, dass über 95 % der Bevölkerung im Stadtgebiet nicht wissen, wo in Rietberg die Reise im Städtebau hingehen soll und das ist gerade in

Zeiten wie heute unverantwortlich. Mit Werkstattgesprächen, wie sie im Sommer dieses Jahres durchgeführt wurden, ist es nicht getan.

Dieser Plan, der heute zur Verabschiedung auf der Tagesordnung unter Punkt 13 beschlossen werden soll, ist ohne Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen zustande gekommen. Die Bürger und Bürgerinnen lassen es sich nicht mehr gefallen, dass über ihre Köpfe hinweg geplant und gebaut wird. Die SPD hat im Planungsausschuss diesem Plan, nur unter der Bedingung zugestimmt, dass wir direkt nach Karneval eine Bürgerversammlung zu diesem Punkt durchführen wollen.

Versucht hat man eine breite Bürgerbeteiligung in Neuenkirchen im Bebauungsplanänderungsverfahren Detmolder Str. (**ReWe-Markt**). Der Widerstand von Bürgern und Opposition (mit Ausnahme der FDP) hat schon mal den Erfolg gezeigt, dass es so, wie geplant, nicht geht.

Im Frühjahr werden wir sehen, wie sich diese Angelegenheit weiter entwickelt.

Ein weiteres Beispiel, wie in Rietberg Beteiligung praktiziert wird, ist das Beispiel **Skaterpark**.

Eine große Zahl von Jugendlichen (Über 300 durch Unterschriften) mahnt das Versprechen der Verwaltung an, dass die abgebaute Skateranlage am Schulzentrum wieder erstellt werden soll. Von der Verwaltung wird an Argumenten alles aufgeboten, was aufzubieten ist, um diesen Wunsch überhaupt ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. CDU und FDP spielen mit. An jedes noch so bescheuerte Argument der Verhinderung klammert man sich. Herr Prill von der FDP empfiehlt, einen Verein zu gründen. Die CDU greift diesen Verhinderungsvorschlag auf. Als ob Jugendliche einen Verein gründen könnten oder Interesse daran haben. Die wollen in einer Phase ihrer Jugend skaten und nichts anderes. Ich habe selten ein Beispiel in Rietberg erlebt, in denen eine Gruppe von Bürgern, hier Jugendlichen, so abgekanzelt wurde.

Skater wollen alles andere als eine feste Organisationsstruktur. Der unregelmäßige Charakter ist ein Wesensmerkmal der jungen Leute, die

diesen Sport wie eine Kunst betreiben. Und dennoch ist dieser Sport keine Eintagsfliege, weil man in diesem Sport nichts erreichen kann, wenn man nicht über Jahre hinweg mit großen Engagement und Durchhaltewillen diesen Sport betreibt. Er hat sich auch über Jahrzehnte gehalten.

Wir von der SPD beantragen, dass der Rat dem Verwaltungsrat der Gartenschaupark GmbH den Auftrag gibt für das kommende Jahr einen Skaterpark im Parkgelände zu planen. Wir halten es für zumutbar, dass jeder, der diesen Sport ernsthaft betreiben will, auch selber oder über die Familie an eine Jahreskarte kommt. Der Park könnte mit dieser weiteren Attraktion auch über die Grenzen der Stadt hinaus Werbung machen und neue Kunden an sich binden.

Schullandschaft

Auch in diesem Bereich haben Rat und Verwaltung wichtige Entscheidungen immer wieder verschlafen. Die Verwaltung hat sich bisher treiben lassen und ist zu keiner Zeit Herr des Handelns gewesen.

Wir wissen seit Jahren, dass die Hauptschule nicht mehr zu halten ist. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Eltern für ihre Kinder eine geeignete Schule der Sek. I und auch der Sek. II in den Nachbarorten suchen. Beklagt wird dann im Schulausschuss, dass zur Infoveranstaltung über die geplante Gemeinschaftsschule in Langenberg 30 Elternvertreter aus dem Stadtgebiet aus Rietberg gekommen sind. Schon zur jetzt bestehenden Verbundschule in Langenberg gehen allein aus dem Stadtgebiet Rietbergs in die 5. Klasse 10 Schüler und Schülerinnen, davon 8 mit mehr als Hauptschulempfehlung.

Im Durchschnitt ist es eine Klasse Schüler und Schülerinnen pro Jahrgang, die in den Nachbarstädte die Sek. I (Gesamtschulen und Gymnasien in Gütersloh und Lippstadt) und auch die Sek. II (Reinhard Mohnkolleg u. a. in Gütersloh und die Marienschule in Lippstadt) besuchen. Glauben Sie denn, dass sich die Eltern oder auch Schüler per Verordnung zwingen lassen in Rietberg zur Schule zu gehen?

Die Langenberger haben es uns gezeigt.

Ich kann nur sagen, „wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Wir kommen zwar spät, denn der Zug für den nächsten Jahrgang 5 ist abgefahren. Nutzen wir aber die Chance, direkt nach den Anmeldeverfahren eine Lösung zu finden, die unsere Schüler nicht zwingt in die Nachbarstädte auszuweichen, weil wir ihnen keine geeignete Schule anbieten können.

Von Anfang an sollten wir alle Beteiligten an der Lösung des Problems teilhaben lassen. Die in der letzten Sitzung des Schulausschusses beschlossene Arbeitsgruppe hätte schon lange zusammentreten können, damit erste Ergebnisse der Öffentlichkeit mitgeteilt werden können. Die SPD-Fraktion ist mit der Infoveranstaltung zum Schulversuch in Mastholte angefangen. Liebe Kollegen und Kolleginnen der anderen Fraktionen, machen sie das auch.

Der **Konzessionsvertrag** Strom und Gas mit der RWE läuft zum August 2011 aus. Auch bei dieser Angelegenheit hätten wir uns ein Mitwirken von Bürgerinnen und Bürgern gewünscht. Der Hinweis, dass nur bei strikter Geheimhaltung das beste Ergebnis zu erzielen ist, gilt nur bedingt. Die Option in mehr oder weniger Selbstständigkeit der Energieversorgung geht auch den Bürgerinnen und Bürgern etwas an; denn ihn braucht man schließlich als potentiellen Kunden.

Zum Schluss

Wir machen, wie im letzten Jahr die Zustimmung zum Etat davon abhängig, dass der Zuschuss von 150 000 € an die Gartenschau GmbH gestrichen wird.

Für die SPD-Fraktion

Gerd Muhle